

„Perspektiven auf den Roten Oktobers“ – Impressionen

von RH, Berlin, Dezember 2017

An der Konferenz "Perspektiven des Roten Oktobers" habe ich teilgenommen, um zuzuhören, auch um zu lernen – und vor allem Eindrücke zu sammeln, welche Perspektiven es in der heterogenen bundesdeutschen Linken (von linken SPDlern bis hin zu anarchistischen Strömungen) sowie in der internationalen Linken heute auf die Oktoberrevolution gibt. Vor der Konferenz skeptisch, wurde die Erwartung, ein breites Spektrum so unterschiedlicher wie aufschlussreicher Positionen zu 1917 präsentiert zu bekommen, nicht enttäuscht. Mein Notizblock war am Ende der Tagung vollgeschrieben – mit Impressionen von den Vorträgen und Diskussionsbeiträgen, außerdem mit eigenen Assoziationen und Überlegungen, die Vorträge wie Diskussionsbeiträge ausgelöst haben - die folgenden Zeilen sind mithin nicht mehr als Impressionen.

Bereits die beiden Vorträge vom Freitag-Abend waren interessant. Dazu gehörte u.a. eine Fragestellung Michael Brie's: Wie verhielt sich eigentlich jemand wie Lenin nach einem, für alle Linken höchst deprimierenden Ereignis, dem Kriegs„ausbruch“ im Juli/August 1914? Er hat das am Beispiel Lenin nicht wirklich elaboriert, sondern nur angerissen. Das ändert nichts daran, dass dies – angesichts der defensiven, deprimierenden Situation und Selbstsicht der Linken heute – eine ganz wichtige Fragestellung ist. Brie's Fragestellung ist „natürlich“ nicht allein auf Lenin zu beziehen, sondern z.B. (1914!) auf Rosa Luxemburg oder auch auf Marx und Engels (1849/50) und auf viele andere Akteure. Diese Frage ist nicht im Sinne von „Rezepten" oder „Handlungsanweisungen" zu stellen, die im Verhältnis von eins zu eins heute zu übernehmen wären. (Das wäre absurd und unsinnig.) Sondern gegenwartsbezogen als Bewältigungsstrategie. Dazu gehören auch individuelle Dispositionen – inklusive die Frage, ‚wie verändere ich deprimierende „objektive" Konstellationen', oder auch (wie z.B. 1933): ‚wie richte ich mich in ihnen vorübergehend ein, ohne von politischen Depressionen überwältigt/gefressen zu werden' – oder in eine Realpolitik zu flüchten, die letztlich nichts weiter sein kann als das Exekutieren herrschender Verhältnisse.

Wichtig war zudem Michael Bries Feststellung (auch wenn sie für Historiker eigentlich trivial ist:), dass innerhalb scheinbar festgelegt-langfristiger und festgefahrener Strukturen Brüche gesellschaftlicher wie unmittelbar politischer

Natur plötzlich und für die Akteure selbst oft überraschend eintreten können – und sich die Linke darauf vorzubereiten, damit zu „rechnen“ hat. Lenin z.B. agierte in dieser Hinsicht vorbildlich (wenngleich ich keineswegs alle seine Schlüsse teile), nämlich nicht resignativ, sondern im Gegenteil seine Studien und Analysen intensivierend und sie gleichzeitig in konkrete politische Schritte herunterbrechend. Auch deshalb machen Situationen wie 1917 oder 1918/19 und selbst scheinbar aussichtslose Konstellationen wie 1914 Mut: 'So wie es ist, bleibt es nicht'. (Trivial, aber tröstlich.)

Zum Samstag. Spannend waren bereits die Keynotes von Jodi Dean – die anschaulich und eindringlich entwickelte, dass die Oktoberrevolution nicht zuletzt die antirassistischen Bewegungen stimulierte und vielen Schwarzen in den USA ein neues Selbstbewußtsein verschaffte – und von Boris Kagarlitzky. Kagarlitzky erläuterte mit verschmitztem Lächeln, dass die Jubiläen der Oktoberrevolution von den „Herrschenden“ wieder und wieder elegant umschiffen wurden: 1927 und „natürlich“ auch 1937 (am 20. Jahrestag des Roten Oktober beging man Puschkins 100. Todestag), ebenso 1947; in diesem Jahr feierte man eine erste Erwähnung der Stadt in Chroniken als „800 Jahre Geburtstag Moskaus“. 1957 überstrahlten Sputnik- und Gagarin-Euphorie die Erinnerungen an die Oktoberrevolution. 1967 wurde der Revolution zwar in großen Feiern gedacht, diese allerdings gleichzeitig zur fernen „Vergangenheit“ (v)erklärt, zur Dino-Zeit gemacht. Voller Ironie Kagarlitzkys schließlich zu 2017 und das ambivalente Erinnern an 1917 im heutigen Russland: Die Liberalen erklären die Februarrevolution als eigenen Durchbruch zur politischen Macht, den die bösen Bolschewiki nach wenigen Monaten verstellten. Das Putin-Regime wiederum mochte sich weder für die Februar- noch für die Oktoberrevolution erwärmen – die eine wie die andere Revolution könnte ja den Präzedenzfall für das künftige Verjagen des eigenen Regimes abgeben ... Symptomatisch war, dass es ausgerechnet der russisch-orthodoxe Erzbischof von Genf (!) in der Schweiz war, der als Hauptredner auf einer (putin-)offiziellen Veranstaltung zur Oktober 1917 auftrat. Aufschlussreich ferner, dass für Putin ausgerechnet Lenin „die Sowjetunion unterminiert“ habe, weil er – grundsätzlich – allen Völkern ein Selbstbestimmungsrecht zugestand. Die russische Linke schließlich ist gegenwärtig zu zersplittert für eigene größere Veranstaltungen zu 1917. Einen anderen Hinweis Kagarlitzkys habe ich für mich mit zwei dicken Fragezeichen versehen: In dem Maße, wie Putin-Regime in die Krise gerät, wird Oktoberrevolution zur Projektionsfläche für positive Identifikationen. Ist dem

tatsächlich so? Und: Wenn ja - in welcher Hinsicht wird der Rote Oktober zum linken Hoffnungsschimmer?

Ich will hier nicht protokollieren, was die folgenden Beiträge und Sektionen an teilweise spannenden Einsichten boten, sondern nur einige Schlaglichter setzen. So durchzog nach meiner Erinnerung mehrere Beiträge die Frage: War die Oktoberrevolution eine jakobinische Revolution? „Marx war kein Jakobiner“ und habe sich gegen Robespierre und gegen die Große Französische Revolution 1789 ff. (vor allem 1792/93) exponiert, so betonten mehrere Referenten. Die Oktoberrevolution 1917 sei auch unabhängig davon eine Revolution gegen das „Kapital“ (von Marx) gewesen, so spitzte Marcel van der Linden weiter zu. Darüber, dass im bäuerlichen Russland ein „Sozialismus in einem Land“ für längere Zeiträume nicht möglich sein würde, bestand unter Referenten wie Diskussionsteilnehmern nach meinem Eindruck ebenso Konsens wie darüber, dass die Entwicklungen ab Oktober 1917 nicht ‚alternativlos‘ gewesen sind. (Gleichwohl waren die historischen Spielräume der Akteure beengt, die Situation der Bolschewiki zeitweilig verzweifelt, allein angesichts der massiven Interventionen der Alliierten und später der deutschen Rechten zugunsten der Weißen, angesichts des systematischen Abschnürens des revolutionären Russlands von der Außenwelt.)

Eher am Rande blieben in diesem Diskurs die Überlegungen von Marx – im Vorwort zur französischen Ausgabe des „Kapital“ oder in den Briefentwürfen an Wera Sassulitsch (die freilich erst in den 50er Jahren bekannt wurden). Die ‚alternativen‘ – einem späteren, orthodox-dogmatischen Marxismus entgegenstehenden – Überlegungen von Marx machte Thomas Kuczynski auf einer Veranstaltung des „Arbeitskreises Soziale Geschichte Ost-West“ wenige Tage später stark. Kuczynski stellte eine weitere interessante These auf: Von (einem kapitalistische Produktionsverhältnisse substantiell transzendierenden) Sozialismus oder Kapitalismus könne erst gesprochen werden, wenn in „Zurückdrehen“ zum Kapitalismus nicht mehr möglich sei. Die ‚Wende‘ 1989/90 sei mithin (so der nahe liegende Schluss) als quasi-historisches Indiz dafür zu werten, dass es sich beim sowjetisch induzierten Real-„Sozialismus“ nicht um einen essentiellen Sozialismus gehandelt haben kann. (Alternative Etikette sind hier nicht zu diskutieren.) Kuczynski zog in diesem Zusammenhang eine historische Analogie: Erst als der Kapitalismus sich seit Mitte des 18. Jahrhunderts eine adäquate industrielle Basis verschafft habe, konnte er nicht mehr zum Feudalismus ‚zurückzudrehen‘ werden.

Folglich: Erst wenn „Sozialismus“ nicht mehr zu einem Kapitalismus welcher Couleur auch immer ‚abgewickelt‘ werden kann, sondern nur noch in jeweils neuen, demokratischeren ‚Stufen‘ denkbar ist, besitzt er substantielle Dimensionen. Bloße Verstaatlichungen und lediglich nominelle ‚Vergesellschaftungen‘ – mit bürokratischen Eliten als „Quasi-Klassen“ (van der Linden), denen Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel belassen wird – reichen nicht. Und hier wird dann eine räte-basierte Basisdemokratie nicht nur ‚demokratiethoretisch‘, sondern in dezidiert sozialistischer Perspektive zur notwendigen Bedingung. Darüber schien mir auch am 3. bis 5. November 2017 ein weitgehender Konsens zu bestehen: Planung ohne Arbeiterdemokratie ist unmöglich – ein Diktum, das freilich weitere Fragen nach den Folgen der Digitalisierung, nach „Arbeiterklasse“ als revolutionärem Subjekt, nach der Globalität von Revolution usw. usf. aufwirft. Dazu gehört nicht zuletzt die Frage nach der Reichweite von Räten: Fabrikräte, die in ihrem Handeln leicht einem bloßen Betriebsegoismus folgen, oder Arbeiterräte, für deren Handeln die gesamtgesellschaftliche Perspektive maßgeblich ist. Alles Frage, die eine Kette weiterer Fragen nach sich ziehen ... Marcel van der Linden sprach in seinem – buchstäblich ‚weltweit‘ angelegten – Vortrag davon, dass mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und dem Niedergang der europäischen Linken ein erster (globaler) Revolutions- und Sozialismuszyklus zu Ende ging, dem (so der unausgesprochener Schluss) weitere folgen werden. Unausgesprochene Prämisse dieser These: Der Kapitalismus befindet sich in seiner finalen Krise (die freilich lange andauern kann). Und: Die Fragen, die künftige Revolutionszyklen aufwerfen werden, gilt es heute schon zu stellen und zu diskutieren.

Warum war die Tagung „Perspektiven auf den Roten Oktober“ wichtig und in mancherlei Hinsicht vorbildgebend? Eindrucksvoll waren die Vielfalt der Perspektiven und die Breite des politischen Spektrums, welches dort Ideen, Vorschläge und natürlich auch historische Fakten präsentierte. Dies schließt auch und gerade Referenten aus dem linkssozialdemokratischen Spektrum ein, etwa Uli Schöler von der Willy Brandt-Stiftung, der angenehm differenziert über die Reaktion der österreichischen Sozialdemokratie auf die Oktoberrevolution referierte. (Ich hatte einen eher „staatstragenden“ Vortrag a la „Weg nach Westen“ erwartet.) Dies, die Offenheit für eine Vielfalt vom linken Flügel der Sozialdemokratie bis zum linken Flügel der anarchistischen Bewegung in gegenwärtiger Perspektive, scheint mir sehr wichtig. Nicht zuletzt aus folgendem Grund: Wir – die Linke in einem lagerübergreifenden Sinne – sollten parteipolitische Instrumentalisierung und

Mythenbildung sowie überhaupt eine Verengung des Blicks auf zentrale Ereignisse und Brüche in der Geschichte der organisierten Arbeiterbewegung unter allen Umständen vermeiden. Historische Mythen verstellen den Blick in die Vergangenheit – und damit auch in die Gegenwart und auf die Zukunft. Dies gilt für den Oktober 1917 ebenso wie für die im nächsten Jahr anstehenden Tagungen zu 1918/19. Wenn ich von „wir“ spreche, dann meine ich „die Linke“ insgesamt, in ihrer ganzen Breite und Heterogenität. (Ich selbst bin nicht Mitglied der PdL.)

Eine undogmatisch-offene und im Vorfeld nicht festgezurrt Perspektive auf zentrale historische Ereignisse und Brüche – verbunden mit der Frage: Was können wir heute daraus lernen? – ist ein Aspekt, der das für mich zunächst überraschende Phänomen erklärt, wie viele sich für die „Perspektiven auf den Roten Oktober“ interessierten. Der Münzenberg-Saal bzw. der Seminar-Raum bei parallelen Veranstaltungen war stets gut gefüllt. Ähnliches gilt für die beiden, ebenfalls gut besuchten Veranstaltungen des „Arbeitskreises Soziale Geschichte Ost-West“ zu 1917. Mein einziger Kritikpunkt: Ich hätte gern an allen Sektionen teilgenommen. Das war nicht möglich, weil die Sektionen des zweiten Tages parallel liefen. Auch deshalb wäre zu überlegen, ob die Texte der Vorträge, die vielfältigen „Perspektiven auf den Roten Oktober“, entweder publiziert oder aber über die RLS wenigstens ins Netz gestellt werden.